

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Riesner Tageblatt
Herausg. Nr. 90.
Postfach Nr. 82.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meißner bezirksbehördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1332.
Birofalle:
Riesa Nr. 82.

Nr. 99.

Montag, 29. April 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Jahres von Produktionsveränderungen, Beschädigungen der Blätter und Materialverluste befreit wir und das Recht der Freierhöhung und Nachforderung vor. Abzug für die Nummer des Ausgabejahres sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Schriftgröße (6 Spalten) 75 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restfläche 100 Gold-Pfennige; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Kupferdruck, feste Letzter, Druckmaschinen, wenn der Verlag versetzt, durch Abzug eingezogen werden oder der Auftraggeber in Rechnung stellt. Jahrgangs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Spaziergang an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Bezugspreise. Retentionsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Sagung des Reichsparteiausschusses der Demokratischen Partei.

1) Leipzig, 28. April. Der Reichsparteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei hielt am Sonntag in Leipzig eine Tagung ab, zu der aus allen Teilen Deutschlands zahlreiche Vertreter erschienen waren. Von Graf Bernstorff war aus Genua ein Telegramm eingegangen, in dem er unter Hinweis auf den harten Kampf, in dem er stehe, sein Bedauern ausdrückt, der Tagung nicht beiwohnen zu können, und ihr guten Erfolg wünscht.

Staatsminister a. D. Dr. Dehne

gab einen Überblick über die Lage im sächsischen Wahlkampf. Er betonte, es könne kein positives Wahlergebnis, die größte sächsische Partei von der Beteiligung an der Regierung und an der Verantwortung ausgeschlossen. Das Ziel der Demokraten bei ihrer Wahlpolitik sei, gerade das zu vermeiden, was die Sozialdemokraten wollten, nämlich die alleinige Herrschaft zu übernehmen. Die demokratische Partei sei das Bollwerk gegen den Radikalismus von rechts und links. Mit tabularen Experimenten dürfe das schwer gestaffelte Land Sachsen nicht wieder heimgesucht werden. Daher komme es bei den Wahlen darauf an, die staats-erhaltende Mitte zu stärken. Keine Partei aber, die dazu beitragen habe, ein Parlament zu bilden, dürfe sich der Pflicht entziehen, an der Verantwortung teilzunehmen. Mit der Parole „Eine Regierung der Mitte, des Ausgleichs, der Verfassung und des besonnenen Fortschritts“ gebe die Partei in den Wahlkampf.

Das Referat über die politische Lage erörterte der Parteivorstandende Koch-Weser.

Einleitend führte er mit Bezug auf die sächsischen Landtagswahlen aus, eine Partei, die eine Regierung der Bürger ohne Mitwirkung der Arbeiter ablehne, dürfe auch sagen, daß eine Regierung der Arbeiter ohne Mitwirkung der Bürger genau dieselbe Verhängung an der Volksgemeinschaft darstelle. Eine solche zu verhindern durch die Schöpfung einer demokratischen staats-erhaltenden Mitte, sei der Wunsch der Partei für den sächsischen Wahlkampf.

Der Redner ging dann zur Reichspolitik über und erklärte, daß es der Republik zu danken sei, daß das deutsche Volk in den letzten Jahren vor Hunger, Volksevidenz und Vernichtungswillen seiner Gegner bewahrt geblieben sei. Dabei brauche das Bestehende nicht schrankenlos beibehalten zu werden. Im Gegenteil, die Republik dürfe nicht konservativ werden. Sie werde bestehen bleiben, auch wenn sie sich entwickle und voranschreite.

Koch-Weser wandte sich dann gegen den „Parteiismus“, der dem parlamentarischen Gedanken in Deutschland schweren Abbruch getan habe.

Darauf erläuterte Koch-Weser die von dem hierfür eingesetzten Ausschuss ausgearbeiteten und getrennt bekanntgegebenen Richtlinien für die Schöpfung eines Einheitsstaats, die sich fast völlig mit den Beschlüssen der Ausschüsse der Länderkonferenzen decken. Notwendig wäre, wenn im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit für den Einheitsstaat nicht zustandekäme, diese Frage zum Gegenstand einer Wahlparole oder eines Volksentscheids gemacht werden.

Der Redner wandte sich dann gegen den Wirrwarr der Wahlgesetze, die Rudimente eines Souveränitätsbündels seien, der nicht länger ertragen werden könne. Auch der Finanzaußenblick in seiner jetzigen Form der schematischen Schlüsselung sei untragbar, da die industriellen Länder und Städte dadurch stark benachteiligt würden. Wenn wir den Einheitsstaat haben, werde auch die Verwaltungsreform kommen, die es ermöglicht, die erhebliche Steuerlast zu mildern. Die Sozialpolitik, die die Arbeitnehmer zum Kollektivsparen zwingt, sei tragbarer als das amerikanische System. Die Arbeitslosenversicherung in ihrer jetzigen Form sei allerdings unhaltbar, da sie große Mißstände mit sich gebracht habe, namentlich durch Entvölkerung des ländlichen Landes.

Zur Außenpolitik übergehend, bedauerte der Redner, daß der Ausbau der Völkerverständigung in den letzten Jahren keine Fortschritte gemacht habe. Inhaltlich die Macht des Völkerbundes allen Staaten gegenüber zu beschaffen, habe man mit einer Plut Papier begonnen, einzelne Schiedsverträge zu schließen, ähnlich den Bündnisverträgen der Vorkriegszeit.

Zum Schluß betonte Koch-Weser die Notwendigkeit der Schöpfung eines neuen Wirtschaftsprogramms. Neben mit dem Schlagwort der freien Wirtschaft komme man nicht mehr durch. Das Wirtschaftsprogramm der Partei, das gegenwärtig ausgearbeitet werde, gebe seiner Vollendung entgegen. Es werde dem Beweis dafür helfen, daß die Partei keine Wirtschaftspolitiker hat, die für Sonderbegünstigungen keinen Raum lassen. Die Zukunft der Partei liege in einer unbefangenen Sachlichkeit, die jeden an sein Ziel kommen läßt und dem Ganzen dient.

Nach sehr ausgedehnter Aussprache wurden die Richtlinien über den Einheitsstaat einstimmig genehmigt, ebenso eine Entschließung, nach der der Parteiausschuss es rühmlichst billigt, daß die deutschen Sachverständigen in Paris eine Lösung der Reparationsfrage, die die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigt, abgelehnt hat. Der Parteiausschuss erwarte von der Regierung, daß sie nach wie vor bemüht sein werde, auf eine befriedigende Lösung hinzuarbeiten, aber nicht den Standpunkt verlassen werde, Abmachungen von der Hand zu weisen, die Deutschlands Wirtschaft auf die Dauer erschüttern und schließlich nicht innenpolitisch werden könnten.

Dr. Schacht in Berlin.

* Berlin. Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist am Sonntag aus Paris in Berlin eingetroffen.

1) Berlin. Zwischen dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der am Sonntag vormittag in Berlin angekommen ist, und der Regierung haben bisher nach einer Meldung des „Montag“ noch keine Verhandlungen stattgefunden. Auch in der Reichsbank waren noch keine Besprechungen angelegt, so daß sich die frühere Abreise des Reichsbankpräsidenten aus Paris wohl aus rein persönlichen Gründen erklärt. Dr. Schacht wird frühestens am Mittwoch abend Berlin wieder verlassen, da er noch am Mittwoch an den Verhandlungen des Generalrats der Reichsbank teilnehmen wird.

Von den Beratungen der Reichsbank sind offizielle Erklärungen über die Festigkeit der deutschen Währung und gegen die von Frankreich betriebenen Maßnahmen gegen die deutsche Mark zu erwarten.

* Berlin. (Teleunion.) Der Generalrat werde auf jeden Fall stattfinden, daß die strengen Vorschriften, die der Reichsbank für die Ausgabe von Banknoten gegeben sind, einen Sturz der Mark absolut unmöglich machen und daß die Reichsbank noch 1 Milliarde Mark Spielraum für die Notendeckung habe.

Paris ist optimistisch.

* Paris. (Teleunion.) Infolge der Berliner Reise Dr. Schachts, dessen Rückkehr nach Paris für Donnerstag erwartet wird, rechnet man in diesem Kreise mit der Möglichkeit, daß die für Montag einkommende Sitzung des Reichsbankrates wohlwollend verlaufen werde. Die optimistischere Auffassung in Paris hält an und findet neue Nahrung in der Berliner Reise des Reichsbankpräsidenten. Man knüpft an sie die Hoffnung, daß Dr. Schacht vielleicht mit neuen Vorschlägen zurückkommen werde, die eine Enttarnung noch in letzter Stunde ermöglichen. Zum Teil wird die schnelle Abreise Dr. Schachts auf die Besprechungen zurückgeführt, die er am Freitag und Sonnabend mit Owen Young und anderen Persönlichkeiten des Sachverständigenausschusses hatte.

Der „Petit Parisien“ will wissen, Owen Young habe bei Dr. Schacht von neuem und sehr lebhaft darauf bestanden, daß er die von der deutschen Abordnung vorgeschlagenen Fiktionen einer Nachprüfung unterziehe. Er habe dabei auf den Zustand der verschiedenen Finanzmärkte hingewiesen und betont, daß es außerordentlich wünschenswert sei, die Konferenz nicht mit einem Mißerfolg zu beenden oder zum mindesten im Endbericht nicht einen zu großen Abstand zwischen dem deutschen Angebot und den Forderungen der Alliierten entstehen zu lassen. Das Blatt sagt weiter, Dr. Schacht habe anscheinend für den Augenblick sein neues Angebot gemacht. In alliierten Kreisen erklärt man ebenfalls, Mängel und Schulden verbarren in ihren Stellungen.

Recht optimistisch zeigt sich wieder der „Matin“, der feststellt, daß sich die Atmosphäre sichtlich aufgehellt habe. Die Sachverständigen seien von neuem über ihre Rechenaussagen gebeugt und arbeiteten mit dem Gefühl, daß man, wie

auch der Ausgang der Aussprache sein möge, unter allen Umständen die Zukunft vorbereiten und den Regierungen feste Grundlagen für weitere Verhandlungen unterbreiten müsse. Interessant ist die Feststellung des Blattes, daß von Seiten der Alliierten die Türen für jährliche Zusatzenüsse offen blieben, was allerdings nicht gleichbedeutend mit Änderungen an der Gesamtregelung sei.

Das „Petit Journal“ will wissen, Owen Young habe Dr. Schacht neue Vorschläge unterbreitet. Die englischen Sachverständigen kündigen dieser neuen Aufforderung zur Fortsetzung der Verhandlungen nicht fern. Dr. Schacht habe sich bereit erklärt, die in Frage stehenden Vorschläge zu prüfen.

Eine Mahnung des „Observer“ an die Sachverständigen.

* London. Das Stillschweigen, das die englische Presse zur Reparationsfrage in den letzten Tagen beobachtet hat, bricht der „Observer“ am Sonntag durch einen kurzen, aber sehr bemerkenswerten Kommentar: „Es ist fatal“, so sagt das Blatt, die Unterbrechung der Pariser Verhandlungen als das Ende der Sachverständigenverhandlungen anzusehen. Die politische Einmischung in das, was ernsthafte Sachverständigenarbeit sein sollte und auch so gedacht war, ist bedauerlich und nicht ohne Gefahr. Herr Schacht jedoch weiß, daß die Tür noch immer offen ist und daß seine Kollegen, die bedeutende Interessen so klar zusammenzufassen, ist es für die Parteien nicht angebracht, länger in ihren Ketten schmollend zu verharren. Privat haben die Sachverständigen ihren Meinungsäustausch bereits wieder aufgenommen. Es würde nicht übertrieben sein, wenn sie sich der Öffentlichkeit wieder in einem Geiste größerer Anlehnungsbereitschaft zeigten.“

Die englische Finanzpresse über die deutsche Währung.

London. (Funkdruck.) Die heute erschienenen Finanzblätter besaßen sich mit den Vorkäufen, die gegen Ende der vergangenen Woche zu einer zeitweiligen Schwächung der Reichsmark auf den Auslandsmärkten geführt hatten. „Financial News“ schreiben: Die Schwäche der Reichsmark, die weiterhin einigen Grund zur Besorgnis gibt, wurde zum großen Teil durch vollkommen grandiose Gerüchte und Behauptungen hervorgerufen.

Dr. Schachts Bericht in Berlin.

Berlin. (Funkdruck.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht hatte heute mittag mit den für die Reparationsfrage zuständigen Ministern eine Besprechung, in der er über die letzten Verhandlungen in Paris Bericht erstattete. Beschlüsse wurden in dieser Besprechung nicht gefaßt, vielmehr beschränkten sich die Minister darauf die Informationen entgegenzunehmen.

Eine Rundgebung der Volksrechtspartei.

X Leipzig. Aus Anlaß der heute stattfindenden Reichsvertretertagung der Volksrechtspartei wurde gestern abend eine öffentliche Rundgebung im großen Saale des Zoologischen Gartens veranstaltet. Der Ehrenvorsitzende der Partei Graf von Helldorf-Wehner ergriff als erster das Wort zu Ausführungen über das Aufwertungsgebot. Die Forderung ist nach seiner Meinung kein Naturereignis gewesen, sondern ein gewählter Ausweg von in- und ausländischen Kapitalisten. Graf Helldorf-Wehner hält das gegenwärtige Aufwertungsgebot für unzureichend und meint, daß von der Partei als Mindestforderung eine 50prozentige Aufwertung verlangt werden müsse.

Danach sprach Reichsparteivorstandender Prof. Dr. Banzer, Göttingen, zum Thema „Volkstum und Volkrecht“. Er sagte, die Not der Opfer der Inflation werde dadurch vermindert, daß sich keine Fraktion finde, die die Volksrechtspartei in ihren Forderungen unterkäufe. Die Entzweiung, die von allen Parteien rechts und links von der Volksrechtspartei betrieben werde, nennt der Redner einen Rechts- und Verfassungsverstoß. Die Staatsgewalt liege nicht, wie es in der Weimarer Verfassung heißt, beim Volke, sondern bei den Parteien und den kapitalistischen Unternehmern. Davon sich freizumachen sei das Ziel der Volksrechtspartei. Sie strebe nach am Ausgangspunkt der Aufwertungsbewegung, die noch nicht als abgeschlossen gelten dürfe.

Während dieser Ausführungen kamen verschiedentlich von nationalsozialistischer Seite höfliche Zwischenrufe, die sich nach Beendigung der Rede steigerten und lange fortsetzten.

Erst nach dem Erscheinen von Volgelbeamtinnen konnte der nächste Redner, Senatspräsident am Reichsgericht a. D. Dr. Rabe mit seinem Referat über „Wahlrecht“ beginnen, das er mit den Worten: „Das Recht marшиert!“ begann und auch schloß. Er kündigte eine neue Wahlrechtsreform an, nach der die Volksrechtspartei, die bisher im Reichstag zwei Sitze hat, deren acht erhalten würde. Die Aufwertungsfragen wiederholten sich im weiteren Verlauf des Abends nicht mehr. Nur als die angekündigte Aussprache nicht erfolgte, kam es zu stürmischen Protestrufen.

Reichsminister a. D. Dr. Gehler über die deutsch-französische Annäherung.

X Paris. Der ehemalige Reichswehrminister Dr. Gehler behandelt in einer Rundreise an das Ozean die Frage der deutsch-französischen Annäherung. Er schreibt: Man findet in Frankreich, daß Deutschland nicht genügend Beweise guten Willens gibt. Viele Meinungen beruhen auf einem psychologischen Irrtum. Wie soll der Besiegte ein Beispiel guten Willens geben und nicht nur den Verfallener Vertrag ausführen, sondern auch darüber hinausgehen, wie man es mehrfach für die auf die deutsche Entwertung sich beziehenden Klauseln angeregt hat? Ein beratiger Opfergeist liegt nicht in der menschlichen Natur, nicht einmal, wenn man, wie in Deutschland es getan hat, vom kaiserlichen Regime zum republikanischen übergegangen ist. Man hat wohl gesagt, daß die Republik die Fehler des Kaiserreichs gutmachen müßte. Man hat ihr aber kaum freie Wahl gelassen, und man muß sich fragen, ob das kaiserliche Deutschland, mit dem Verfallener Vertrag belastet, härter behandelt worden wäre, als es mit der Republik geschehen ist. Uebrigens lehnt die Mehrheit des deutschen Volkes in der Frage der Verantwortlichkeit am Kriege es ab, so inkonstant hier man calva zu sprechen. Dr. Gehler kommt zu dem Schluß: Annäherung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit: ja! Annäherung auf der Grundlage der Ungleichheit: nein.

Generalratsitzung der Reichsbank.

X Berlin. Die bereits angekündigte übliche Sitzung des Generalrats der Reichsbank findet am 30. April und 1. Mai statt. An ihr wird, wenn die Verhältnisse es gestatten, Reichsbankpräsident Dr. Schacht teilnehmen.